



---

# Wirtschafts- und finanzpolitische Probleme nach der Corona-Pandemie und dem russischen Überfall auf die Ukraine

## Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft<sup>1</sup>

**Christa Luft**

*Berlin, Mitglied der Leibniz-Sozietät und der Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Veröffentlicht: 2. September 2022

---

### Abstract:

The article focuses on the credit-financed costs to the federal budget for fighting the pandemic and of Germany's support for Ukraine, which was invaded by Russia, and the question of how the burdens are to be paid off. This is followed by the tectonic global economic changes caused by the war and ways to rein in hyperglobalization. It ends with challenges for economic science.

### Zusammenfassung:

Im Mittelpunkt des Beitrags stehen die kreditfinanzierten Kosten des Bundeshaushalts für die Pandemiebekämpfung und die Unterstützung Deutschlands für die von Russland überfallene Ukraine sowie die Frage, wie die Schulden beglichen werden sollen. Es folgen die tektonischen weltwirtschaftlichen Veränderungen durch den Krieg und Wege zur Eindämmung der Hyperglobalisierung. Es endet mit Herausforderungen für die Wirtschaftswissenschaft.

### Keywords/Schlüsselwörter:

new federal debt due to pandemic and war; possible ways to pay off the loans; pandemic as a wake-up call; hyperglobalisation; tectonic world economic changes; challenges for economic science  
Neuverschuldung des Bundes durch Pandemie und Krieg; mögliche Wege, die Kredite zu begleichen; Pandemie als Weckruf, Hyperglobalisierung, tektonische weltwirtschaftliche Veränderungen, Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft

## 1 Vorbemerkung

Über zwei Jahre schon befindet Deutschland sich im Krisenmodus. Die Corona-Pandemie war bis zum Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Überfalls auf die Ukraine die bislang tiefste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie beeinträchtigt massiv das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben. Selbst wenn sie abklingt, werden ihre Spuren bleiben. Viele Menschen haben Angehörige verloren, andere leiden an den Spätfolgen ihrer Erkrankung, Unzählige müssen mit den seelischen und wirtschaftlichen Folgen der Krise fertig werden, Schulkinder haben schwer aufholbare Lernzeit eingebüßt. Fehlende Kontakte beeinträchtigen die Persönlichkeitsentwicklung vieler Jugendlicher. Von Long-Covid Betroffene ringen zum Teil mühsam um Rückkehr zu einem möglichst normalen Leben. Das alles ist schon schlimm genug. Hinzu kommt der Berg öffentlicher Schulden, der durch die Finanzierung von Krisenkosten entstanden ist. Die Stützungsmaßnahmen für Menschen, für Unternehmen

---

<sup>1</sup> Aktualisierter Vortrag vom 20. Mai 2022 anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät und des 20. Jahrestages der Gründung des Leibniz-Instituts für interdisziplinäre Studien.

und das Gesundheitssystem sowie die zeitweilige Mehrwertsteuersenkung und die durch pandemiebedingte Betriebsschließungen in Einzelhandel und Gastronomie, durch Kurzarbeit usw. verursachten Steuerausfälle haben seit 2020 gigantische Löcher in den Bundeshaushalt gerissen. Für die im Kampf gegen die Coronakrise erzeugte Neuverschuldung des Bundes stehen für 2020 und 2021 450 Milliarden € in den Büchern und einschließlich der Vorschau auf 2022 sind es rund 500 Milliarden €. Die Nettokreditaufnahme der Bundesländer beläuft sich im genannten Zeitraum auf deutlich über 60 Milliarden €.

Seit dem 24. Februar 2022 tobt nun auch noch ein verbrecherischer Krieg von Putins Russland gegen die Ukraine. Der hat die Hoffnung auf eine zügige Erholung von den Pandemiefolgen zunichte gemacht. Er löste eine massive deutsche finanzielle, militärische und humanitäre Hilfe für das überfallene Land aus. Notwendig wurde gleichzeitig die staatliche Abfederung sozialer Belastungen für die eigene Bevölkerung vor allem aus dem Wegfall bzw. der erheblichen Drosselung des Imports von preisgünstigem russischem Öl und Gas sowie den Lieferkettenunterbrechungen mit preislichen Auswirkungen in vielen Bereichen. Der Bundeshaushalt veranschlagt anno 2022 dafür 139 Mrd. € neue Schulden und zusätzlich ein sich auf 100 Mrd. € belaufendes sogenanntes „Sondervermögen“ für die Bundeswehr. Eine wahrlich „kreative“ Bezeichnung, denn in Wahrheit handelt es sich um nichts als schnöde Schulden. Es ist sogar im Grundgesetz verankert worden, damit spätere Regierungskoalitionen es nicht ignorieren können. Die Kreditaufnahme dafür soll nicht auf die von Finanzminister Lindner (FDP) zum heiligen Gebot erhobene Schuldenbremse angerechnet werden. Vorgesehen ist, aus dem „Sondervermögen“ jährlich etwa 20 Mrd. € zusätzliche Militärausgaben zu finanzieren, die die im laufenden Verteidigungshaushalt bereits festgeschriebene Summe von 50,3 Mrd. € aufstocken. Damit kommt Deutschland dem seit langem von der NATO und mit besonderem Druck seitens der US-Administration geforderten zwei Prozent-BIP-Beitrag für die Militärallianz nahe. Beim „Sondervermögen“ handelt es sich also um ein „Defizit-Spending für Aufrüstung und Krieg“, wie Jürgen Leibiger das treffend nennt (Leibiger 2022: 4). Verstörend ist, dass gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen seit 2014 Waffenkäufe als „Investitionen“ abgerechnet werden. Was für ein Wahn-, besser Irrsinn! Für das alles fand Bundeskanzler Scholz das pathetische Lable „Zeitenwende“.

Die Tilgung des genannten Kredites soll spätestens am 1. Januar 2031 beginnen. Damit dürften die finanzpolitischen Spielräume in den 2030er Jahren noch enger werden, denn bereits ab 2028 sollen die Corona-Ausnahmekredite des Jahres 2022 wie die der vergangenen Haushaltsjahre getilgt werden.

Die Regierung Scholz begann diese Legislaturperiode mit einem doppelten Versprechen: erstens dem einer dringend gebotenen ökologischen Transformation der Industriegesellschaft, und zweitens dem einer Fortschreibung der bisherigen Wohlstands- und Wachstumsgeschichte. „Mehr Fortschritt wagen“, lautet die optimistische Botschaft des Ampelkoalitionsvertrags. Doch mit dem 24. Februar 2022 ist dieser Vertrag in weiten Teilen Makulatur geworden. Bereits jetzt zeigen abnehmendes Wirtschaftswachstum und die rasant zunehmende Inflation, also eine mögliche Stagflation, dass es zukünftig nicht um Wohlstandsgewinne, sondern um die gerechte Verteilung von Wohlstandseinbußen gehen dürfte.

### **Folgende Fragen sollen in diesem Beitrag diskutiert werden**

*Erstens:* Wie soll/kann mit den entstandenen finanziellen Lasten umgegangen werden, wie sollen die ambitionierten Projekte der Ampelkoalition (Klimaschutz, Digitalisierung, Stärkung der Öffentlichen Daseinsvorsorge, Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien

bis 2030 auf 80 Prozent) finanziert werden und wer soll am Ende die Lasten tragen? Dazu werden verschiedene in Politik und Wissenschaft erwogene Vorschläge kurz vorgestellt.

*Zweitens:* Welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen müssen aus der Corona-Pandemie neben den steuer- und finanzpolitischen gezogen werden? In Krisenzeiten besteht nicht nur die Möglichkeit, sondern die Notwendigkeit, Entwicklungspfade zu wechseln. So ist die Pandemie ein unüberhörbarer Weckruf, dem einzelwirtschaftlichen Drang zur maximalen Kapitalvermehrung per Hyperglobalisierung aus makroökonomischer, also gesamtwirtschaftlicher Sicht Zügel anzulegen. Kosteneffizienz durch Bezug fossiler Energie aus Russland und geopolitische Widerstandsfähigkeit sind in Konflikt geraten. Globalisierung mit der Triebkraft Freihandel muss sicherheitspolitisch sowie wegen der krisenanfälligen weltweiten Lieferketten in Folge der Corona-Pandemie und des Kriegsgeschehens politisch neu gedacht und praktisch entsprechend umgesetzt werden. Ins Gleichgewicht gebracht gehören die Vorteile offener Handelsbeziehungen und die Gewährleistung einer weitgehend störungsfreien Versorgungssicherheit.

*Drittens:* Welche als „tektonisch“ zu bezeichnenden weltwirtschaftlichen Konsequenzen hat der Putinsche Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst? Ein Krieg mit Panzern und Bomben wurde durch einen mit Sanktionen und Embargos für lebenswichtige Güter als Waffen ergänzt.

*Viertens:* Auch die Wirtschaftswissenschaft ist in der Pflicht, steht in der neuen geopolitischen Lage vor Herausforderungen. Darunter sind solche, die schon lange vergeblich nach einvernehmlicher Lösung drängen wie die Stärkung der makroökonomischen Sicht, die zwingend soziale, ökologische, ethische und sicherheitspolitische Belange einschließen muss und das Verhältnis von Markt und Staat, das ideologiefrei den Realitäten entsprechend zu gestalten ist. Aber es geht auch um solche, für deren Meisterung vergangene Krisen kein Vorbild bieten, sondern die neuer Antworten bedürfen, so auf den Umgang mit pandemie- und kriegsbedingten Schocks.

## **2 Massive öffentliche Verschuldung und parallel private Bereicherung Weniger. Was tun?**

Seit Pandemiebeginn ist der Schuldenstand allein des Bundes um 35 % gestiegen. Bei einer Tilgungsdauer über 20 Jahre wäre eine Rate von 20 Milliarden € pro Jahr zu finanzieren. Werden nicht spezielle Finanzierungsinstrumente eingesetzt, drohen bei Festhalten an der Schuldenbremse Ausgabenkürzungen in sozial wichtigen Bereichen und bei öffentlichen Investitionen. Der soziale Frieden im Lande ist bedroht. Der kumulierte Gesamtberg öffentlicher Schulden (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung) belief sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Ende 2021 auf rund 2,32 Billionen €. Der größte Teil davon entfällt auf den Bund. Die Summe entsprach einer Pro-Kopf-Verschuldung von 27.906 €. Ende April 2022 zeigte die Schuldenuhr des Bundes bereits 2,36 Billionen € an. Der fortdauernde Ukraine-Krieg wird den weiteren Anstieg beschleunigen.

Ähnlich ist die Entwicklung in manchen anderen EU-Ländern. Laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat kletterte die Schuldenquote (Schulden : Bruttoinlandsprodukt) im Euroraum während der Krise in vielen Mitgliedsländern auf über 100 %. In der Eurozone gesamt betrug sie Ende 2021 95,6%. Der Maastricht-Vertrag zur Gründung der Europäischen Währungsunion sieht eine anzustrebende Schuldenquote von 60 % für die Mitgliedsländer vor. Davon sind viele weit entfernt. Und man kann sich gut vorstellen, vor welchen Problemen diese stehen, wenn die Europäische Zentralbank die von den einen erwartete, von den anderen befürchtete Zinsanhebung tatsächlich vornimmt. Dann steigt die

Zinslast für aufzunehmende Kredite, die der Rückzahlung derer dienen, die schon in den Büchern stehen.

**Tabelle 1: Staatsschuldenquote in ausgewählten EU-Mitgliedsländern im 4. Quartal 2021 (in %)**

Griechenland	193,3
Italien	150,8
Portugal	127,4
Spanien	118,4
Frankreich	113,3
Belgien	108,2
Zypern	103,6
Österreich	82,2
Ungarn	76,8
Deutschland	68,2

Quelle: Statista /Staatsverschuldung  
im 4. Quartal 2021

Das **Kontrastszenario**: Die Pandemie hat nicht nur zu öffentlichen Schuldenbergen geführt, sondern gleichzeitig private Profiteure hervorgebracht. Weiter angewachsen ist in der Bundesrepublik das Vermögen der Superreichen. Selbst in der Krisenzeit steigerten deutsche Milliardäre ihr Vermögen um 246 Milliarden €. Auch zählte Deutschland 2021 gut 2,95 Millionen Dollar-Millionäre und somit 633.000 mehr als ein Jahr zuvor. Im Corona-Jahr 2020 wuchs das Vermögen der 136 deutschen Milliardäre um über 100 Milliarden €, während der Staat Hunderte von Milliarden an Krediten aufnehmen musste, um die schlimmsten Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Gleichzeitig nahm die Wirtschaftsleistung um über 170 Milliarden € ab. Die tiefgreifenden Folgen von Putins verbrecherischem Überfall auf die Ukraine kommen noch obendrauf. Dieses Paradox – maßlose private Bereicherung Weniger bei gleichzeitiger Verarmung des Gemeinwesens gehört aufgebrochen!

Ein Profit-Booster war die Pandemie auch für viele Konzerne. Das zeigt zum Beispiel eine 2021 veröffentlichte Studie der Prager Karls-Universität, die von der Linksfraction im EU-Parlament in Auftrag gegeben worden war (Trautvetter/Kern-Fehrenbach 2022).

In ihr werden die Krisengewinne in der EU ansässiger multinationaler Unternehmen berechnet. Das Ergebnis: Die Konzerne haben allein 2020 über das Normalmaß hinausgehende Profite von rund 364 Mrd. € eingestrichen, die – wenn politisch gewollt – durch Belegung mit einer Übergewinnsteuer zur Finanzierung der Corona-bedingten Staatsschulden herangezogen werden könnten.

**Tabelle 2: Pandemie-, also Extra-Profite 2021 (Mrd. €)**

von US-Konzernen Apple, Amazon und Facebook	100
von deutschen Konzernen	15
von französischen Konzernen	20

Quelle: The Left in the European Parliament  
2022

Traumhafte Gewinne machten auch Pharmakonzerne. Nach Schätzungen verdienten Biontech, Pfizer und Moderna 2021 zusammen rund 30 Mrd. € mit ihren Corona-

Impfstoffen, weil sie sich bei ihren Lieferungen auf die wohlhabenden Länder konzentrieren und die armen Staaten ignorieren. Zu beachten ist, dass diese extremen Gewinne auf staatlichen Massenbestellungen von Impfdosen beruhen, finanziert also mit Steuergeld. Dazu veröffentlichte die Bundestagszeitung *Parlament* am 11. April 2022 eine auf die Pharmaindustrie bezogene Debatte unter dem Titel „Die neuen Milliardäre“. Der Chef des Weltärztebundes Frank-Ulrich Montgomery sprach dabei unverblümt von „unanständigen“ Gewinnen.

Überdimensional gewachsen sind auch die Gewinne der Mineralölkonzerne, die abgeschöpft gehören.

Finanzminister Lindner (FDP) setzte aber in den Ampel-Koalitionsverhandlungen durch, dass entgegen den wohlklingenden Ankündigungen von SPD und Grünen im Bundestagswahlkampf keine steuerliche Entlastung von Geringverdienenden und keine steuerliche Mehrbelastung für Reiche und Superreiche durch Anhebung der Einkommen-, Kapitalertrags- und Körperschaftssteuersätze sowie die Wiedererhebung der seit 1997 ausgesetzten Vermögensteuer in der neuen Legislaturperiode erfolgt. Und er bestand darauf, dass die 2020 pandemiebedingt ausgesetzte Schuldenbremse ab 2023 wieder „scharf gestellt“ wird. Dieses Mantra „Keine Steuererhöhungen“ soll eben auch für die Booster-Gewinne gelten. „Kreativ“ gesetzt wird demgegenüber zur Sicherung des Finanzvolumens für die Erfüllung beschlossener Aufgaben auf Investitionsgesellschaften wie die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) oder die ebenfalls bundeseigene Deutsche Bahn, deren Kreditaufnahmen laut Schuldenbremse nicht als Schulden gelten. Auch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben soll Kredite für 100.000 öffentlich geförderte Wohnungen/Jahr aufnehmen können.

Eine Lockerung, besser Streichung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse bleibt bislang eine Forderung der Linken sowie einiger Abgeordneter der SPD und der Grünen. Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) positioniert sich so. Doch erfordern Veränderungen der Schuldenbremse eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag, die schwer zu erreichen sein wird. Ebenso müsste der Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Währungsunion weitestgehend revidiert werden, so dass nicht noch viele Jahre eine staatliche Sparpolitik gefordert und erwartet wird.

Pläne, wie etwa mit Hilfe von Investitionsgesellschaften „kreativ“ mit der Schuldenbremse umgegangen werden kann, liegen in den Schubladen. Das sind aber nichts als Schattenhaushalte, Kredite sind eben auch Schulden! Obendrein unterliegen sie nicht wie der Bundeshaushalt den parlamentarischen Kontrollregeln.

Wie kann/soll also mit dem Dilemma umgegangen werden? Welche neoliberalen und welche alternativ-linken Vorschläge werden zur Abtragung aufgelaufener Schulden und zur Finanzierung neuer Vorhaben diskutiert?

Eine *erste* Vorstellung ist: *Aus den Schulden herauswachsen.*

Nach Abflauen der Coronakrise wird das BIP wieder zunehmen und die Wachstumsraten werden auch wieder über dem Schuldzins liegen, hieß es optimistisch bei Olaf Scholz, ebenso bei den grün-gelben Koalitionspartnern, aber auch bei konservativen Wirtschaftswissenschaftlern. Daher seien ökonomisch betrachtet die Corona-bedingten Schulden weniger problematisch, als es den Anschein hat. Die Staatsschuldenquote wird in Deutschland 2022 voraussichtlich auf 75 Prozent des BIP steigen. Das sei aber noch kein besorgniserregender Wert, hieß es. Die Maastricht-Kriterien der Europäischen Währungsunion geben wie schon erwähnt 60 % als anzustrebendes Ziel vor.

Herauswachsen aus den Schulden hört sich auf den ersten Blick vielversprechend, ja erleichternd an. Dennoch ist Skepsis angebracht, denn steigendes Wirtschaftswachstum bedeutet mehr Ressourcenverbrauch und mehr Klimabelastung, also genau das, was

eigentlich vermindert werden soll. Auch erfordert diese Hoffnung eine innovationsfreundliche und innovationsstärkende Politik, die bisher nicht in Sicht ist. Außerdem gibt es eine Reihe von Faktoren zu berücksichtigen, die die zuversichtliche Annahme zumindest mit einem Fragezeichen versehen: Ressourcenverknappung, Energieverteuerung, Alterung der Gesellschaft, Rivalitäten zwischen USA, Russland, China und EU, Lieferkettenunterbrechungen durch die Pandemie – alles große Unsicherheitsfaktoren. Dem entspricht, dass die Wachstumsvoraussagen der Wirtschaftsforschungsinstitute angesichts der Folgen des Ukraine-Krieges und des ungünstigen Pandemieverlaufs in immer kürzeren Abständen deutlich gesenkt werden. Jüngst prognostizierte die Bundesregierung für 2022 statt der zuvor noch erwarteten 3,6 Prozent nur noch 2,2 Prozent Wachstum und schloss eine Stagflation, also abnehmendes Wachstum und zunehmende Inflation, nicht aus. Die genannte Position des Herauswachsenden aus den Schulden täuscht also etwas vor, das schwerlich eintreten wird. Herauswachsen aus den Schulden ist letztlich eine ökonomisch fragwürdige und ökologisch katastrophale Sicht, sie soll vor allem dazu dienen, Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Steuererhöhungen für Superreiche und der Lockerung der Schuldenbremse abzuwiegeln.

*Die zweite Position: Sparen, also Ausgabenkürzungen*

Das würde, da kann man wetten, nicht zuallererst die Rüstungsausgaben betreffen, sondern zulasten von Sozialbereichen und von Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge gehen. Dann müssten vor allem Menschen mit geringem Einkommen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie ausbaden. Zum begehrten „Sparschwein“ kann der Bundeszuschuss zur Rente werden, der jährlich 100 Mrd. € ausmacht und der größte Posten im Staatshaushalt ist. Eine schon oft ins Gespräch gebrachte Verlängerung der Lebensarbeitszeit, das heißt der spätere Eintritt in die Rente, könnte also entscheidend dazu beitragen, die Staatsfinanzen zu entlasten. Das wird die von einem gelben Finanzminister traktierte Ampel sich kaum entgehen lassen. Bereits verschoben ist die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung einer Kindergrundsicherung auf 2024, und die Jobcenter erhalten eine halbe Milliarde € weniger, was vor allem Langzeitarbeitslose, darunter junge Menschen trifft, die pandemiebedingt länger als ein Jahr ohne Job waren. Steuerbetrug hingegen energisch zu bekämpfen, ist immer noch kein TOP-Thema auf der Agenda. In Deutschland entstand allein 2021 dadurch ein Verlust von 36 Mrd. €!

*Eine dritte Position, lautet: Höhere Steuereinnahmen.*

Das ist die gesunde Alternative zum Schuldenabbau durch Kaputtsparen der Infrastruktur oder des Sozialstaats. Die Corona-Pandemie und die Kriegsauswirkungen bieten Anlass, endlich zu ändern, was durch die neoliberalen Reformen der vergangenen Jahre nachwirkt, nämlich die erhebliche Entlastung der Wohlhabenden. Neben den rot-grünen Steuerreformen bei der Einkommensteuer und den Unternehmenssteuern nach der Jahrtausendwende und den Privilegien für Unternehmenserben bei der Erbschaftsteuer zählt auch die Aussetzung der Vermögensteuer aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts dazu. Obwohl das Grundgesetz (Artikel 106) explizit eine Vermögensteuer vorsieht, ist ihre Erhebung seit 1997 ausgesetzt, weil der Gesetzgeber (Bundestag und Bundesrat) seit über zwanzig Jahren nicht willens ist, ein verfassungskonformes Bewertungsgesetz zu beschließen. Dies hat dazu geführt, dass die Reichen seitdem noch reicher geworden sind. Denn Vermögen vermehrt sich in Form von Finanzanlagen, bewirtschafteten Immobilien und Unternehmensbeteiligungen quasi von selbst.

Neben der Partei DIE LINKE, die die Wiedererhebung der Vermögensteuer seit Jahren verlangt, gibt es in jüngster Zeit angesichts des gewachsenen Bergs öffentlicher Schulden einflussreiche Stimmen aus der SPD, die diese Forderung ebenfalls erheben.

Das Grundgesetz kennt neben der Vermögensteuer auch noch die Vermögensabgabe. Eine Vermögensabgabe wird im Unterschied zur Vermögensteuer einmalig aufgrund eines besonderen Finanzbedarfs erhoben. Sie dient auch dem Ausgleich großer Belastungen von Teilen der Bevölkerung, und ihr Aufkommen steht dem Bund und nicht den Ländern zu. Sie kann außerdem zu einem Stichtag in der Vergangenheit erhoben werden, was Gestaltungen zur Steuervermeidung stark erschwert. Die Einmaligkeit der Vermögensabgabe bezieht sich auf die Festlegung der Steuerschuld, der fällige Betrag kann dann in jährlichen Raten über einen längeren Zeitraum gestreckt werden. Das Projekt einer einmaligen Vermögensabgabe knüpft an das Lastenausgleichsgesetz von 1952 zur sozial gerechten Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges an. Die damals auf 50 % des berechneten Vermögenswertes festgelegte Abgabe wurde auf 30 Jahre und auf bis zu 120 vierteljährliche Raten verteilt und erwies sich als verkräftbar. Nach einer Studie des DIW im Auftrag der Bundestagsfraktion der Linkspartei und der Rosa-Luxemburg-Stiftung kann eine Vermögensabgabe mit progressivem Tarif über einen Zeitraum von zwanzig Jahren ein Gesamtaufkommen von bis zu 300 Milliarden € erzielen. Dabei gilt ein Freibetrag von zwei Millionen für Privat- bzw. fünf Millionen für Betriebsvermögen. Darüberhinausgehendes Vermögen würde einmalig mit anfangs zehn Prozent und dann progressiv steigend mit bis zu 30 Prozent besteuert. Mit einer grundgesetzlich zu verankernden Regelung könnten Länder und Kommunen am Aufkommen der Abgabe beteiligt werden.

Der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums lehnt die Vermögensabgabe zur Finanzierung von Corona-Lasten bislang ab. Außer der Partei DIE LINKE halten auch die anderen Bundestagsparteien nichts von der Idee. Eine zusätzliche Vermögensabgabe verursache „erhebliche wirtschaftliche Schäden, weil sie das Vertrauen von Sparern und Investoren erschüttert“, schreibt der Beirat. Das könnte zur Abwanderung von Sparern und Investoren führen. Von der Gewerkschaft ver.di kommt hingegen ausdrücklich Zustimmung zur Erhebung solcher Abgabe. Sie könne dann nötig werden, wenn die Rückzahlung der zur Bewältigung der Corona-Krise aufgenommenen zusätzlichen Staatsverschuldung ansonsten zu staatlichen Ausgabenkürzungen oder höheren Massensteuern führen würde, heißt es dort.

Als Quelle zur Bezahlung der Corona- und kriegsbedingten Staatsschulden könnten auch die leistungslosen, also nicht auf Innovationen und andere originäre unternehmerische Aktivitäten, sondern zum Beispiel auf Preisfestsetzung durch Oligopole der fünf Mineralölkonzerne zurückgehenden Übergewinne herangezogen werden. Übergewinnbesteuerung von Energiekonzernen gab es bereits zeitweise in der Vergangenheit in den USA, in Kanada und Frankreich. Großbritannien, Spanien und Italien haben aktuell in Folge der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges eine solche Steuer eingeführt. Eine Extragewinnsteuer wegen des Ukraine-Krieges will auch Ungarn erheben. Selbst die EU-Kommission hat im März 2022 vorgeschlagen, außerordentliche Gewinne vorübergehend zu besteuern. Die deutsche Bundesregierung sperrt sich noch. Während die Grünen und die SPD sich dafür erwärmen können, sind die Liberalen strikt dagegen (Grözinger 2022: 1–2).

Laut Finanzminister Lindner kennt das geltende Steuerrecht keine Unterschiede zwischen Gewinnen. Eine Übergewinnsteuer zu erheben, sei also vom Gesetz nicht gedeckt (Hickel 2022c: 29). Das ist nichts als eine durchschaubare, interessengeleitete Abwiegungsargumentation. Leider hat die auch im Bundesrat verfangen, wo am 8. Juli 2022 ein Initiativantrag des Bundeslandes Bremen, unterstützt von den Ländern Berlin, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, die Bundesregierung zur Einführung einer

Übergewinnsteuer aufzufordern, noch keine Mehrheit gefunden hat. Finanzexperte Rudolf Hickel nennt den Vorgang steuerpolitisch den „schwarzen Freitag des Bundesrates“, Extraprofite hätten sozusagen staatlichen Segen bekommen (Hickel 2022b).

Pandemie und Krieg wären der jüngste dringende Anlass gewesen, die schleichende Umverteilung von unten nach oben endlich umzukehren. Diese Gelegenheit ist bislang verpasst. Das Steuerthema muss also auf der Agenda von Wissenschaft und Politik bleiben. Die drückenden, noch weiter anwachsenden Staatsschulden werden dem bremsenden Finanzminister keine Wahl lassen.

### **3 Welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen müssen neben den steuer- und finanzpolitischen aus der Corona-Pandemie gezogen werden?**

Zu fragen ist, ob die einzige Antwort auf die Beherrschung von Krisenfolgen wie jetzt im Falle der Corona-Pandemie die Auflage immer weiterer teurer Konjunktur- und Wiederbelebungsprogramme sein kann, so unverzichtbar sie jetzt waren und sind. Aber im Grunde laufen sie auf kurzfristige und rein quantitative Eindämmungsstrategien hinaus. Zugleich müssen tiefer greifende Fragen gestellt werden, zum Beispiel danach, wie der der kapitalistischen Gesellschaft immanente einzelwirtschaftliche Zwang zur maximalen Kapitalverwertung, die Verwertungslogik, zwangsläufig zu diesem Ergebnis beigetragen hat. Es bedarf also einer fundierten Antwort darauf, ob eine ganze Volkswirtschaft wie ein privates Unternehmen einzig nach dem Profitkalkül geführt werden kann oder ob es staatlicher, auf das Gemeinwohl zielender Industriepolitik bedarf. Die Coronakrise und der Ukraine-Krieg haben die Schwachstellen des kapitalistischen Systems unübersehbar offengelegt. Einfache betriebliche Profitmaximierung ist kein tragfähiges gesellschaftliches Zukunftskonzept.

In Krisenzeiten besteht nicht nur die Möglichkeit, sondern die Notwendigkeit, Entwicklungspfade zu wechseln. So ist die Pandemie ein Weckruf, dem einzelwirtschaftlichen Drang zur Kapitalvermehrung per ungezügelter Globalisierung aus gesamtwirtschaftlicher, aus makroökonomischer Sicht Zügel anzulegen. Viele Krisen haben wir in den letzten 30 Jahren erlebt. Sie alle haben Vertrauen in Bestehendes zerstört. Dieses Mal waren aber nicht die Finanzmärkte Auslöser und Treiber der Krise, sondern ein Virus. Der anfängliche Crash an den Börsen war nur ein Symptom der sich ausbreitenden Unsicherheit. Es wäre jedoch oberflächlich, die teilweise dramatischen ökonomischen Folgen der Krise allein auf eine virologische Ursache zurückzuführen. Denn dass dieses Virus einen so großen globalen Schaden anrichten kann, hängt unmittelbar mit der von Menschen praktizierten Form der Globalisierung zusammen. Die Pandemie ist im Gegensatz zur allgemeinen Annahme keine Naturkatastrophe. Sie markiert vielmehr eine weitere Krise der globalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Das Corona-Virus wurde möglicherweise nicht wie in US-Regierungskreisen spekuliert, in einem chinesischen Labor hergestellt und ist dennoch menschengemacht. Es ist verursacht durch die kapitalistische Wachstums- und Expansionsdynamik, stimuliert durch agrarindustrielle Zerstörung des Regenwaldes und anderer Waldbestände, begünstigt durch die industrielle Masttierhaltung und anderer Auswüchse der Profitlogik. Die Corona-Krise war demnach eine Folge der neoliberalen Hyperglobalisierung. Diese befördert Viren heute in rasantem Tempo rund um den Erdball, während die mittelalterliche Pest für ihren tödlichen Weg von Asien nach Europa noch 30 Jahre benötigte. „Globalisierungsströme haben das Flussbett der Infektionsströme gegraben“, bringt es der Ökonom Gustav Horn auf den Punkt (Horn 2020).



Abschließend geklärt sind die Ursachen der Corona-Pandemie noch nicht. Aber als sicher kann gelten: Sie beinhalten einen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Zusammenhang. Das zeigt sich am deutlichsten, wenn Ausbreitungsgeschwindigkeit und -wege berücksichtigt werden, wie aus einem zunächst lokalen Infektionsereignis in der chinesischen Provinz Wuhan eine globale Pandemie werden konnte. Tiefer einzudringen gilt es also in den Zusammenhang von Kapitalverwertung, Raubbau an natürlichen Ressourcen, gesunder Umwelt, intakter gesunder Tierwelt und eben menschlicher Gesundheit. Die von Menschen vernichtete Artenvielfalt und das Überspringen von Krankheitserregern von Tieren auf Menschen durch Zerstörung von Habitaten (Zoonosen), die Verknappung unberührter Lebensräume, das Vordringen der Menschen in bisher von Tieren bewohnte Flächen und damit die Intensivierung von Tier-Mensch-Kontakten, die weltweiten Waren- und Menschenströme schlagen in Form einer Pandemie auf das Wohlergehen und die Gesundheit der Weltgesellschaft zurück. Eine winzige Virusmutation in einer Mikrobe hat die Fragilität der globalisierten Welt als Ganzes offenlegen können (Berger 2021: 21). Das globalisierte System ist überdehnt und wird so nicht haltbar sein. Die profitgetriebene Hyperglobalisierung der Produktionsketten, der Verkehrssysteme, der Kommunikationswege, immanente Wirkkräfte expansiver Reise- und Touristikformen, sind Entwicklungen eines Weltwirtschaftssystems, das die universelle und extrem schnelle Ausbreitung der Pandemie erst möglich gemacht hat, so die Schlussfolgerung von Peter Henneke, Mitglied des Club of Rome und ehemaliger Präsident des Wuppertal Instituts (Henneke 2020). Das heißt aber, dass die akute Bewältigung der Krisenlasten zugleich durch Kursnahme auf eine tendenzielle Deglobalisierung ergänzt werden muss.

In der Corona-Krise ist zum einen deutlich geworden, dass grenzüberschreitende Lieferketten auch erhebliche Risiken mit sich bringen und damit zur Störanfälligkeit von Volkswirtschaften beitragen. Zum anderen mussten viele Länder lernen, dass ein Verlassen auf ausländische Lieferanten essenzieller Gesundheitsgüter die Versorgungssicherheit der Bevölkerung in der Krise gefährden kann. Die Kosten der jüngsten Schritte der Globalisierung dürften somit höher gewesen sein als der einst erwartete Nutzen, gibt Sebastian Dullien zu bedenken. Als Folge sei mit einer gewissen Deglobalisierung der internationalen Arbeitsteilung zu rechnen, die sich schon seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/9 in den Handelsdaten abzeichne. Um diesen Prozess für Deutschland und Europa positiv zu gestalten, sei eine aktivere Industriepolitik als in der Vergangenheit notwendig. So das Plädoyer von Dullien, Chef des Instituts für Makroökonomie der Böckler-Stiftung. (Dullien 2021, 7 ff).

Es kann wohl angenommen werden, dass die Produktions- und Logistiknetze irgendwann wieder funktionieren, doch ist das kein Grund für eine Entwarnung. Die in der Globalisierung entstandenen Lieferketten sind nicht auf hohe Sicherheit, sondern auf geringe Lagerhaltung, just-in-time-Produktion und schnellen Transport ausgerichtet. Hervorgebracht hat die profitgesteuerte Globalisierung letztlich aber eine neue Form von Mangelwirtschaft, wie wir das jetzt am Fehlen von Holz und Baustoffen, Halbleitern und Chips bis zu Fahrrädern, Pumpen, Ventilatoren, Hydraulikschläuchen, Aluminium und Arzneimitteln erleben. Defizite gibt es bei Kobalt, Bor, Silizium, Graphit, Magnesium, Lithium, Niob, Titan und seltenen Erden, alles Materialien, die für Zukunftstechnologien gebraucht werden und fast unersetzbar sind.

Die Vielfalt der vergeblich nachgefragten Erzeugnisse belegt, dass die Corona-Pandemie zwar ein die Versorgungskrise verschärfendes Moment ist, nicht aber der eigentliche Grund dafür. Arbeits- und energieintensive Fertigungsschritte wurden in Schwellenländer ausgelagert. Die damit verbundenen ökologischen Folgekosten werden vom Kalkül einzig profitorientierter Unternehmen nicht erfasst. Das betrifft auch die kostentreibenden

Transporte. So kostete zum Beispiel die Frachtrate für einen Container von Shanghai nach Rotterdam anno 2019 rund 2.000 €, im November 2021 waren es bereits 12.000 €.

Es wird keine umfassende Re-Nationalisierung geben. Dazu sind die Verflechtungen zu umfassend und die Wohlstandsgewinne durch internationale Arbeitsteilung groß. Aber eine Umorientierung, ein Ende der Hyperglobalisierung ist notwendig. Zu fragen ist, welches die Zukunftsindustrien und -technologien der Jahre 2030/40 sind, und dann muss entsprechend alles getan werden, dass Deutschland die Herausforderungen bewältigt und global mithalten kann. Deutschlands Rückstand bei den Batteriezellen ist ein Beispiel dafür, wie man ins Hintertreffen geraten kann, wenn man sich von einer falschen Marktliebe blenden lässt, was ja ein Markenzeichen der FDP ist. Die weltweite Corona-Pandemie hat wie jetzt auch der Ukraine-Krieg die Instabilität vieler Lieferketten schonungslos aufgedeckt. Die Lehre daraus muss die Stärkung regionaler Produktion sein. Viele Produktionsstrukturen werden vermutlich regionaler werden. Das just-in-time-Modell ist ans Ende gekommen, Lagerhaltung in optimiertem Umfang erweist sich als unvermeidbar und eine Diversifizierung von Lieferbeziehungen ist zwingend.

Einer der renommiertesten Ökonomen der Welt, der US-Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Rogoff, erwartet wegen der Pandemie, des Krieges und der Lieferkettenprobleme ein Ende der Globalisierung wie wir sie kennen. Sie habe zwar den Wohlstand vor allem der Industrieländer wachsen lassen, sie aber zugleich verwundbar gemacht. Der Aufstieg Chinas sei die größte Geschichte der letzten 40 Jahre gewesen, der Niedergang der Globalisierung könnte die größte Geschichte der kommenden 40 Jahre sein. Falls China in die Rezession rutscht, steuern die Industrieländer auf die schwerste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, lautet seine Prognose (Rogoff, 2022).

Nach zunehmender Skepsis im Zuge der Corona-Krise (wochenlange Lockdowns in China, unterbrochene Lieferketten, Transportstörungen und -verteuerungen) ist das Zeitalter der Hyperglobalisierung mit dem Krieg gegen die Ukraine endgültig zu Ende gegangen. Im globalen Rennen um Rohstoffe, Zulieferer und Absatzmärkte versucht der Westen nun „wertegeleitete Allianzen“ zu schmieden, auch die Handelspolitik soll „wertegeleitet“ werden. Was sich hinter diesem Terminus konkret verbirgt, ist noch unklar. Offenbar soll sie zwar Handel ermöglichen und fördern, aber nicht mehr um den Preis politischer Abhängigkeiten. Es soll ein Handel sein, dessen Ausrichtung nicht mehr allein ökonomischen Kalkülen folgt, sondern einer, der auch Kriterien wie Versorgungssicherheit und Abwehr von politischer Erpressbarkeit genügen sollte. „Vor allem aber verknüpft eine wertegeleitete Handelspolitik Handel wieder mit Frieden“, meint Ökonom Gustav Horn (Horn 2022: 1). Der Volkswirt Sebastian Thieme sieht in wertorientierter Handelspolitik eine, die stärker zum Beispiel auf Regionalisierung, kurze Handelswege, Menschenrechte, Umweltschutz und Sozialstandards setzt (Thieme 2022: 55).

Noch haben die Protagonisten einer wertebasierten/wertegeleiteten Außen- und Handelspolitik aber nicht erklärt, wie sie bei diesem Anspruch den Schulterchluss zum Beispiel mit autokratischen Regierungen im arabischen Raum interpretieren, bewerten und rechtfertigen, um fossile Energieträger für Deutschland zu beschaffen. Sind Gaslieferungen aus einem Staat wie Katar unter moralischen Gesichtspunkten weniger problematisch als aus Russland, fragt Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, meines Erachtens zu Recht (Urban 2022b: 86) In jedem Falle lässt sich der Terminus „wertebasiert“ mit westlichem Blick auf Menschenrechtsprobleme aber leicht als Vehikel nutzen für die Durchsetzung verschärfter Abgrenzungsstrategien gegenüber der Volksrepublik China. Es ist offensichtlich, dass der Westen China inzwischen weniger als Partner, sondern als strategischen Rivalen sieht. Die Folgen solchen Kurses sind noch nicht absehbar.

Als Fazit kann gelten, was Albrecht, Bodemer und Rudik so zusammenfassen:

„Fairer Handel verspricht weiter Wohlstandsgewinne für die große Mehrzahl der Beteiligten, aber klar scheint, dass die effizienzfixierte, globale Ausrichtung der Lieferketten ihren Höhepunkt überschritten hat. Für eine Neugestaltung der Lieferbeziehungen gibt es dabei unterschiedliche unternehmerische Strategien. Einige Unternehmen suchen sich zusätzliche Zulieferer an verschiedenen Standorten im Zuge einer Diversifizierung. Mit den Schlagworten *Re-Shoring*, der Verlagerung der Produktion ins Inland, oder *Near-Shoring*, der Produktion in der jeweiligen Kontinentalregion, verbindet sich dagegen die Strategie, mit einer größeren geografischen Nähe eine größere Versorgungssicherheit zu erreichen.“ (Thorben/Bodemer/Rudik 2022: 1)

Gearbeitet wird besonders in den USA an Theorien zu Place-based Policies, die mit dem marktliberalen Paradigma der räumlichen Ressourcenallokation brechen und Regionalpolitik ins Zentrum stellen.

#### 4 Der Ukraine-Krieg und tektonische weltwirtschaftliche Konsequenzen

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu tektonischen Veränderungen in der Weltwirtschaft geführt. Finanzen und Währungen sowie lebenswichtige Güter werden die neuen Waffen gegen den „Feind“. Hinter den Kulissen aus militärischen Operationen und gegenseitigen Sanktionen tobt ein kalter Krieg um den Zahlungsverkehr (Orange 2022, Pfeiffer 2022). Die meisten russischen Banken sind aus dem weltweiten Finanzkommunikationssystem Swift ausgeschlossen, darunter das mit Abstand größte Geldinstitut, die Sberbank. Devisen- und Goldreserven der russischen Zentralbank in Höhe von mehreren Hundert Milliarden US-Dollar, abgelegt bei Zentralbanken anderer Länder, wurden eingefroren, so dass das Land keinen Zugriff darauf hat. Die USA tun alles, um Länder, die wie China, Indien, Südafrika, Brasilien und andere bisher die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen, umzustimmen. Letztgenannte wollen im Öl-Handel den US-\$ umgehen und in Rubel, Yuan oder Rupien bezahlen. Die USA fürchten die Bildung alternativer Tauschsysteme und damit die Entdollarisierung der Welt und den Eintritt in ein neues Zeitalter ohne Dominanz des Greenback. Wenn der US-\$ seine Akzeptanz und Rolle verliert, verlieren die USA eine wichtige Säule ihrer Macht, können sich nicht mehr in dem Maße verschulden wie bisher, indem sie einfach die Druckerpresse anwerfen.

Das bisher nahezu eindimensionale Weltwährungssystem mit dem US-Dollar als Leitwährung wird nicht kurzfristig ersetzt werden, aber schrittweise Mehrdimensionalität annehmen. Der Rubel wird als Zahlungsmittel mittelbar gestärkt und erhält Anerkennung im Großteil der Welt. Gearbeitet wird in Russland an Plänen zur Einführung eines goldgedeckten Rubels.

#### 5 Auch die Wirtschaftswissenschaft steht vor Herausforderungen, ist in der Pflicht

Ich beschränke mich hier auf ausgewählte Probleme:

1. Die Coronakrise und der Ukraine-Krieg haben die Schwachstellen des kapitalistischen Systems und der vorherrschenden ökonomischen Theorien unübersehbar offengelegt. Heute dominieren mathematische Modelle und betriebswirtschaftliche Techniken die ökonomische Lehre und verdrängen die makroökonomische Sicht, die soziale, ökologische, humanitäre, ethische und auch sicherheitspolitische Belange einschließen muss. Einfache Profitmaximie-

rung ist kein tragfähiges Zukunftsmodell. Das muss eine entscheidende Lehre aus der gescheiterten Hyperglobalisierung sein.

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es seit Langem einen erbitterten Streit über die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik und seine Lösungskompetenz in einer komplexen Welt. In jüngster Zeit hat die alte Kontroverse um das Verhältnis von Markt und Staat neue Nahrung bekommen. Die Pandemie hat deutlicher denn je gemacht, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze bleiben müssen. Vor allem die sogenannte Sorgearbeit (Krankenhäuser, Pflegeheime, Gesundheitswirtschaft), der vorsorgende Staat muss gestärkt werden (Dullien 2021). Der Markt allein regelt gar nichts. Der akute Gasmangel belegt das einmal mehr. Auch lassen sich Personal- und Rohstoffknappheit nicht über die herkömmlichen Marktmechanismen regeln. Vorausschauende Planung ist unumgänglich. Sie muss vom immer noch wabernden Beigeschmack befreit werden, ein Instrument von Politbürokraten des Sozialismus zu sein. Klar geworden ist: Wege aus der Krise führen nur über einen leistungsfähigen, demokratiebasierten Staat. Dafür stehen die umfangreichen Ausgabenprogramme der Bundesregierung zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung. Dafür steht auch die in Gang kommende Debatte über den Aufbruch monopolistischer Eigentumsstrukturen.

Auch zur Bekämpfung der galoppierenden Inflation muss der Staat investitionslenkend eine aktivere Rolle spielen. Vorrangig gestärkt gehören Bereiche, in denen das Angebot spürbar ausgeweitet werden muss, um private Preistreiberei zu stoppen.

2. Die Volkswirtschaftslehre muss sich als Sozialwissenschaft bekennen, Marktversagen ist keine Ausnahme, sondern die Regel. Was zum Teil in Einführungen in die Volkswirtschaftslehre (VWL) geboten wird, hat mit Politik und Praxis kaum etwas zu tun, so das kritische Urteil einiger aktuell in dem Fach Lehrender (Reuter 2022). Die neoklassischen bzw. orthodoxen VerfasserInnen entsprechender Lehrbücher verstehen sich kaum als SozialwissenschaftlerInnen, sondern als VertreterInnen einer exakten Wissenschaft wie der Physik oder der Mathematik. Dabei ist die soziale Frage eine ökonomische und ohne gesamtwirtschaftlichen Erfolg gibt es keinen stabilen sozialen Fortschritt.

3. Die Corona-Pandemie sollte auch als ein Weckruf verstanden werden, die Naturvergessenheit ökonomischer Theorien, also deren ökologisches Defizit zu beheben. Gesellschaft, Wirtschaft und Natur können nur als Zusammenhang gesehen und behandelt werden. Zu fragen ist, ob die Pandemie vergleichbar einem von Menschen unbeeinflussbaren und unvorhersehbaren Naturereignis wie „von außen“ kam oder ob ihr Ursprung nicht im profitorientierten kapitalistischen System, in dessen krasser Verwertungslogik angelegt war. Die Ökonomie muss als Teil einer endlichen Ökologie/Umwelt begriffen werden und nicht wie es im kapitalistischen Alltag zumeist gehandhabt wird, die Ökologie als Appendix einer auf Profit orientierten Wirtschaft. „Die Ignoranz der Wirtschaftswissenschaft gegenüber der Klima- und der Corona-Krise gibt ihrer Glaubwürdigkeit endgültig den Rest“, schreibt Frank Fehlberg, Leipziger Historiker und Ökonom, engagiert im Netzwerk Plurale Ökonomik. Er fordert „Jetzt muss eine neue Disziplin her“, er nennt sie „Sozialökonomik“ (Fehlberg 2021: 2).

4. Eine Globalisierung, wie wir sie in den letzten 30 Jahren erlebten, kann als abgeschlossen gelten. Seit mehreren Jahren stagniert der Welthandel. Pandemie und Krieg setzen diesen Trend fort. Entstanden ist eine neue Form des Krieges, in der Währungen, Finanzen und lebenswichtige Güter, insbesondere Rohstoffe, als Waffen gegen den „Feind“ genutzt werden. Es ist aber weder realistisch noch wünschenswert, die internationale Arbeitsteilung extrem zurückzufahren. Doch statt von einem universellen Wirtschafts- und Entwicklungssystem auszugehen, müssen lokale und regionale Wirtschaftsformen und ihr

sozialer und ökologischer Kontext anerkannt werden. Sie dienen der Bedürfnisbefriedigung, nicht der Profiterzielung. Und sie stärken lokale Autonomie und Diversität. Dazu sind belastbare und lokale Wertschöpfungsketten notwendig. Agrar- und Ernährungssystem müssen so angelegt sein, dass Klima, Umwelt, Biodiversität, Tierwohl und menschliche Gesundheit im unternehmerischen Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten liegen. So heißt es im Abschlussbericht der Zukunftskommission Landwirtschaft vom Juni 2021. Die beste Strategie gegen sich abschottende Renationalisierung auch in Deutschland ist die Weiterentwicklung der EU nicht nur als Binnenmarkt, sondern als Sozial- und Umweltunion.

Als pauschale Zukunftsvision widerspricht jedoch ökonomische Autarkie der Realität. Eine völkerrechtliche Ordnung, die legitime Sicherheitsinteressen respektiert und illegitime Machtgelüste mit Sanktionen belegt, wird mit wirtschaftlichen Abhängigkeiten umgehen müssen (Urban 2022a).

5. In der dominierenden Wirtschaftswissenschaft gelten Denkschemata, die unter den neuen, den Pandemie- wie Kriegsbedingungen obsolet geworden sind. Sie gehen davon aus, dass sich über flexible Preise das ökonomische Gleichgewicht optimal herstellt. Es fehlen Erkenntnisse zu einer Ökonomie, die vom Primat der Politik unter pandemischen und militärischen Bedingungen bestimmt wird. Es herrscht der Glaube an sich selbst stabilisierende Marktkräfte, die auch mit exogenen Schocks wie sie ein Krieg auslöst, reibungslos fertigwerden. Es gibt aber keine Belege dafür, dass zum Beispiel ein totaler Lieferstopp für Gas und Öl zum Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine führen würde. Unter solchen Unsicherheitsbedingungen – niemand kann vorhersagen, wie lange die Sanktionen in Kraft bleiben, welche Auswirkungen es für die ökologische Transformation geben wird usw. – sind Prognosen schwierig. Das zeigen die stark differierenden Vorhersagen von Wirtschaftsinstituten zum Beispiel zu Wachstums- und Inflationsaussichten in der Bundesrepublik. Politikberatende Wirtschaftswissenschaft kann sich für den Blick in die Zukunft nicht wie unter ehemals „normalen“ Bedingungen an empirischen Daten aus der Vergangenheit orientieren. Für die gegenwärtigen Sanktionschocks, für ein Sofortembargo für russisches Öl und Gas gibt es kein historisches Vorbild, insofern keine bezugsfähigen Anhaltspunkte. Rudolf Hickel bringt das in einem aktuellen Aufsatz so auf den Punkt: „Ökonomen-Rat in der Zeitenwende überfordert“ (Hickel, a, 2022).

Dieser Einwand darf nicht in den Wind geschlagen werden, weil es sich bei der gegenwärtigen fraglos um eine Ausnahmelage handelt. Dennoch dürfen Ökonomen es nicht bei dem Leitspruch von Politikern belassen: „Wir finanzieren mit unseren Öl- und Gasimporten nicht Putins Kriegsführung“, wodurch Handelspolitik gegenüber Russland, um es salopp zu sagen, auf „Embargologie“ und „Sanktionitis“ schrumpft. Aus dem Auge verloren werden darf nicht, dass Sanktionen zunehmend auch Menschen hierzulande schaden – vor allem denen mit geringem Einkommen, die ihre Energierechnungen nicht mehr begleichen können und beim Einkauf von Lebensmitteln sparen müssen. Das ist m. E. – abgesehen von der einen oder anderen Entlastungsmaßnahme – zu wenig im Blick der Regierungspolitik. Ebenso, dass der Bezug preiswerter Energie aus Russland ein Standortvorteil für die deutsche Wirtschaft war. Der wird jetzt geschwächt bzw. geht verloren. Die Ampelregierung betreibt aus einer affektgesteuerten, emotional aufgeladenen Reaktion heraus eine Art Selbstzerstörung der deutschen Wirtschaft. Eine vorausschauende, eine durchdachte, Nutzen und Schaden abwägende Reaktion ist das nicht. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sieht „die moralische Empörungsspirale als Sackgasse“ (Urban 2022b: 79). Dem Urteil kann ich etwas abgewinnen. Es ist hohe Zeit, die Ergebnisse der bisherigen Sanktions- und Embargopolitik unvoreingenommen, sachlich zu evaluieren. Russland kann sein Öl in anderen Ländern sogar

mit Preisaufschlägen verkaufen, während es in Teilen Deutschlands, vor allem im Osten aufgrund des Ölmangels zu schweren ökonomischen und sozialen Verwerfungen kommen kann. An den Sanktionen festzuhalten, obwohl sie nicht die erwartete Wirkung haben, vor allem die Schlächtereie in der Ukraine nicht verkürzen, ist dogmatische Prinzipienreiterei. Stärker thematisiert gehört auch, dass der Krieg ein Klimakiller ist, dass das 1,5-Prozentziel der Erderwärmung nur mit sofortigem Waffenstillstand noch erreicht werden kann. Die Kehrseite sind anhaltend steigender CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Bombardierungen, die toxische Stoffe freisetzen, die Verseuchung von Böden, Vergeudung von Ressourcen, die zur Bewältigung der Klimakrise fehlen ...

Der Ukraine-Krieg bringt also nicht nur völlig unnötiges menschliches Leid im überfallenen Land und auch im Lande des Aggressors, dazu massenhafte Zerstörungen sowie Raubbau an Ressourcen vor allem in der Ukraine, sondern über den Einfluss auf das Klima auch Gefahren für die ganze Menschheit. Insofern sollte beim Suchen nach Auswegen ein Imperativ sein, dass Krieg keine Lösung von politischen Fragen sein kann und wird. Und da ohne Russland weder Frieden noch Klimapolitik möglich sind, dürfen die Türen dorthin für Verhandlungen nicht zugeschlagen werden. Jetzt ist die Stunde einer „Politik als Kunst des Möglichen“, ein Zitat, das Otto von Bismarck zugeschrieben wird. Demgegenüber verkündete die deutsche Außenministerin martialisch, Russland solle ruiniert werden. Das ist auch angesichts dessen, dass die aktuelle Führung Russlands ein Verbrechen begangen hat, eine ebenso rat- wie hilf- und aussichtslose Drohung gegenüber einem Land mit immensum vermarktbarum Rohstoffreichtum und mit vollem Atomwaffenarsenal. Was aber ernsthaft gefährdet wird, ist die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und der soziale Frieden im eigenen Land.

## Bibliographie

- Berger, Axel (2021): „Chronik der Pandemie“. *OXI* 12, 21.
- Dullien, Sebastian (2021): „Nach der Corona-Krise: Die nächste Phase der (De-) Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik“. *IMK Policy Brief Nr. 100*, Januar 2021.
- Fehlberg, Frank (1921): „Mehr Sozialökonomik wagen“. *OXI* 9, 2.
- Grözingler, Gerd (2022): „Übergewinnsteuer? Ja, bitte“. *Makroskop, Magazin für Wirtschaftspolitik* vom 05.07.2022, 1–2.
- Hennecke, Peter (2020): „Die Pandemie kommt nicht von außen“. *Frankfurter Rundschau* vom 19.11.2020.
- Hickel, Rudolf (2022a): *Irritierende Embargo-Prognosen; Ökonomen-Rat in der Zeitenwende überfordert*. 17.04.2022. (<https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656730.irritierende-embargo-prognosen.html>. Zugriff 14.08.2022)
- Hickel, Rudolf (2022b): „Schwarzer Freitag des Bundesrates“. *TAZ* vom 11.07.2022.
- Hickel, Rudolf (2022c): „Reibach mit Rabatt: Öl-Multis außer Kontrolle“. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7, 29–32 (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/juli/reibach-mit-rabatt-oel-multis-ausser-kontrolle>. Zugriff 14.08.2022)
- Horn, Gustav (2020): „Eine reformierte EU in einer veränderten globalen Wirtschaft“. *Makronom* vom 7. Mai 2020 (<https://makronom.de/eine-reformierte-eu-in-einer-veraenderten-globalen-wirtschaft-35840>. Zugriff 14.08.2022)
- Horn, Gustav (2022): Deutschland braucht neue Spielregeln für den globalen Handel. *Zeit* vom 26.04.2022. (<https://www.zeit.de/wirtschaft/2022-04/handelspolitik-demokratien-china-russland-unabhaenigkeit-globalisierung>. Zugriff 14.08.2022)

- Leibiger, Jürgen (2022): „Defizit-Spending für Aufrüstung und Krieg“. *Blättchen* Nr. 10 vom 09.05.2022. (<https://das-blaettchen.de/schlagwort/defizit-spending>. Zugriff 14.08.2022)
- Orange, Martine (2022): „Tektonische Bewegungen in der internationalen Finanzorganisation“. *Sozialismus*. 27.04.2022 ([https://www.sozialismus.de/nc/vorherige\\_hefte\\_archiv/kommentare\\_analysen/detail/artikel/tektonische-bewegungen-in-der-internationalen-finanzordnung/](https://www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/tektonische-bewegungen-in-der-internationalen-finanzordnung/). Zugriff 14.08.2022).
- Pfeiffer, Hermannus (2022): „Russlands Zahlentrickserei“. *Neues Deutschland* vom 17.06.2022.
- Reuter, Norbert (2022): „Bontrup-Marquard: VWL“. *WSI-Mitteilungen* 2/2022.
- Rogoff, Kenneth (2022): „Harvard Starökonom zur Situation der Weltwirtschaft. ‚Das Schlimmste kommt erst noch‘“. Exklusiv-Interview in *stern.de* vom 08.06.2022. (<https://www.stern.de/wirtschaft/kenneth-rogoeff-zur-weltwirtschaft--das-schlimmste-kommt-erst-noch--31927842.html>. Zugriff 14.08.2022)
- Thieme, Sebastian (2022): „Eine Replik des Wirtschaftsethikers Sebastian Thieme“. *Neues Deutschland* vom 28./29.05.2022, 55.
- Thorben, Albrecht/ Andreas Bodemer/Ralf Rudik (2022): „Globale Disruption“. *IPG Wirtschaft und Ökologie* vom 29.06.2022, 1.
- Trautvetter, Christoph/Kern-Fehrenbach, David, im Auftrag von Martin Schirdewan (2022): „Krisengewinner und Finanzierung der Krisenbewältigung. Ausgewählte Branchen und Unternehmensbeispiele“. <https://www.martin-schirdewan.eu/studie-energiekonzernerwarten-kriegsgewinne-in-billionenhoeh/>
- Urban, Hans-Jürgen (2022a): „Leid im Ukrainekrieg darf Blick auf Realität nicht verstellen. Aufrüstung ist nicht die Antwort“. *Frankfurter Rundschau* vom 15.03.2022. (<https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/ukraine-krieg-russland-putin-aufruestung-alleine-ist-nicht-die-antwort-91412255.html>. Zugriff 14.08.2022)
- Urban, Hans-Jürgen (2022b): „Zeitenwende wohin?“ *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2022, 79. (<https://www.blaetter.de/ausgabe/2022/juli/zeitenwende-wohin>. Zugriff 14.08.2022)

E-Mail-Adresse der Verfasserin: [chris.radenz@gmail.com](mailto:chris.radenz@gmail.com)